



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

-γ-: Deutschösterreichische Partein : (Schluß)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

mitbetroffen. Wenn aber die deutschen Verträge nicht zustande gekommen wären, so wäre auch die englische Ausfuhr den hohen autonomen Tarifen dieser Länder verfallen.

Ein großartiges Werk sind die sieben Verträge auf alle Fälle; das kann man sagen, auch wenn man es ablehnt, Vorteil und Nachteil zu beziffern. Die Annahme im deutschen Reichstag ist ganz sicher. Dem Ruf einer kleinen freihändlerischen Gruppe, den Vertrag zu Fall zu bringen, folgt das Gros der Freihändler und Sozialdemokraten nicht; er ist abgebligt. Ebenso werden die extremen Agrarier in einer hoffnungslosen Minderheit sein, falls sie auf eine Ablehnung hinarbeiten. Die Nationalliberalen, das Zentrum, die gemäßigten Konservativen bilden unter allen Umständen eine Mehrheit; die Linke, auch wenn sich die Sozialdemokraten absondern sollten, führt der Mehrheit noch Hilfstruppen zu. Graf Bülow und Graf Posadowsky bleiben Sieger. Sie brauchen gar nicht einmal nach der äußersten Rechten mit Fortdauer der jetzigen Handelsverträge, nach der äußersten Linken mit Kündigung der jetzigen Verträge und Inkraftsetzung des neuen Tarifs zu drohen. Die Sache wird sich diesesmal sehr leicht abwickeln.



## Deutschösterreichische Parteien

(Schluß)



ährend der dreizehn Jahre der Regierung Taaffes vollzog sich die Zertrümmerung der ehemaligen Verfassungspartei, die unausgesetzt Anstrengungen machte, das Ministerium parlamentarisch zu „stürzen,“ um wieder zur Herrschaft zu gelangen, in sehr langsamem Tempo, und zwar auch nicht, weil man ihre grundsätzlichen Fehler erkannte, sondern vielmehr durch ein instinktives Mißtrauen der deutschen Bevölkerung, die den großen Mißerfolg wenigstens ahnte. Ehedem hatten sich die Deutschösterreicher als die einzige berechnete Staatspartei gefühlt, jetzt erkannten sie von Jahr zu Jahr immer deutlicher, daß deutscher Liberalismus und deutsche Vorherrschaft nicht dasselbe sind. Daß sich dieser deutsche Liberalismus auf die Pfade des reinen Antiklerikalismus und des phrasenreichen demokratischen Parlamentarismus hatte verlocken lassen, auf dem man nur umzukehren brauchte zu einer praktischen Staatspolitik, daß damals gerade noch die rechte Zeit dazu war, das wurde ihnen nicht klar. Daß das Deutschtum unter der bis dahin getriebenen und nun mißglückten Politik gelitten hatte und unstreitig nicht genügend betont worden war, lag freilich nahe genug, und darum begann das deutsche Volk seine nationalpolitische Aufgabe nicht mehr in der ausschließlichen Hingebung an den ihm national gleichgiltig werdenden Staat zu ersehen. Die Umwandlung der Deutschen aus einer Staatspartei in Volksparteien vollzog sich verhältnismäßig rasch, doch hat sich bei ihnen an Stelle des den Deutschösterreichern allein zustehenden zentralistischen Standpunkts bisher kein klares nationales Programm zu bilden vermocht, sondern es geht bei ihnen noch

sehr „völkisch“ wild durcheinander. Sie rufen zwar bei jeder deutschen Eiche einmal und bei der Nennung Bismarcks dreimal „Heil,“ fingen bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit die „Wacht am Rhein,“ was sie aber eigentlich wollen, wissen sie selbst nicht. Unklar über ihre nationalen Ziele und durchaus unerfahren in der praktischen Politik, neigen sie der leichtesten der parlamentarischen Künste, der unbedingten Opposition zu, die, wie das Leben lehrt, schon die kleinsten Kinder üben, die sich nicht vor Schlägen fürchten. Sie finden es ganz logisch, zu behaupten, die Deutschösterreicher seien ein Edelvolk, das den Staat Österreich aus „minderwertigen“ Volksstämmen geschaffen habe, während sie selbst jede Forderung für diesen Staat ablehnen, jede seiner Maßregeln verdammen, das Heer schmähen und bekämpfen usw. und doch in demselben Atem von der Regierung verlangen, sie solle Österreich germanisieren und die deutsche Sprache sofort als Staatssprache dekretieren. Was einmal aus dieser politischen Kinderstube werden mag, steht dahin. Daß das deutsche Volkstum schärfer betont wird, ist ja an sich ganz gut, und früher ist in dieser Hinsicht schwer gesündigt worden, weil man bei dem zum Teil ganz unnötigen Kampfe gegen den Klerikalismus und dem Rennen nach dem demokratisch-parlamentarischen Regiment regelmäßig das nächste außer acht ließ, was der Förderung des Deutschen gefrommt hätte. Aber bei der heutigen Kampfweise kann man doch auch zu nichts Nützlicherem kommen, eine Germanisierung ließe sich kaum noch durch den strafften Absolutismus durchführen, den will man ja aber auch nicht. Was will man eigentlich? Wenn man das Tun dieser „Führer“ beobachtet, wird man unwillkürlich an den politischen Spottvers Heines erinnert: „Marschiere trommelnd immer voran, das ist die ganze Wissenschaft.“

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß es immer dieselben Blätter sind, die heutzutage im österreichischen wie im französischen Parteistreit, der klarer zu durchschauen ist, den Vorkampf führen. Und wiederum dieselben Zeitungen sind es gewesen, die als Verfechter des Deutschtums in Österreich galten und im Ausland noch immer dafür gelten, weil ihre Stimme am lautesten vernommen wird. Als die Zweifel an der deutschliberalen Partei in Österreich überhand nahmen, wandte er sich auch nach dieser Richtung hin, und man begann zu fragen, ob nicht dieses Deutschtum, das man bisher mit Händen zu greifen vermeinte, tatsächlich nichts weiter als das Aushängeschild von Börsenjobbern sei. Man hatte allerdings zahlreiche Artikel gelesen, die mit deutschnationaler Wärme das Herz erquickten und sich doch bei näherer Prüfung als Ausfluß der reinsten Finanzinteressen herausstellten. „Falsch Gebild und Wort verändern Sinn und Ort,“ mit diesen Worten läßt Mephistopheles die verhexten Studenten statt Auerbachs Keller ein wundervolles Land erblicken, und als sie einander an die Nasen greifen, glauben, daß es Trauben seien. „Betrug war alles, Lug und Schein,“ sagten nun die Getäuschten und suchten nach den Betrügern. Waren es nicht fast ausnahmslos Juden, die so geschrieben hatten, und standen diese nicht auch sonst überall im Vordergrund, an der Börse, im Handel, in Kunst und Wissenschaft? Der Ausstoß zur antisemitischen Bewegung, die auch zu derselben Zeit in Deutschland ausbrach, war so mit dem Zusammenbruch der deutschliberalen

Partei gegeben, und die neuen Bildungen nahmen sämtlich einen judenfeindlichen Anstrich an. Da nun die Juden in Österreich zur deutschredenden Bevölkerung gehören, die liberalen Deutschen aber teils grundsätzlich, teils wegen mannigfacher geschäftlicher Verbindungen mit den Juden deren Partei ergriffen, so schied die neue Bewegung die deutsche Bevölkerung abermals in weitere zwei Lager. Die neuen Parteibildungen schritten nur langsam vorwärts, da ihnen keine Presse von einiger Bedeutung zu Gebote stand, und sie auch an einem unverkennbaren Mangel an befähigten Führern litten. Nur dadurch wurde es erklärlich, daß ein politischer Phantast und Wortprahler wie Schönerer zeitweilig eine Rolle spielen konnte. Die neuen Parteiprogramme waren voll großtönender deutscher Worte, aber sonst im allgemeinen ziemlich dürftig und unduldsam im höchsten Maße. Am meisten zeichneten sich dabei die Schönererianer aus, die gleich jeden, der nicht unbedingt auf die politischen Lustschlösser ihres Meisters schwor, für einen Verräter an der deutschen Sache erklärten. Was den Agitatoren an reifem Inhalt und an Kraft der Gedanken abging, wurde durch Derbheit des Ausdrucks und Gesuchtheit der Wortbildung ersetzt, wodurch einer den andern zu überbieten und auch zu verdrängen suchte. Hauptsächlich aus diesem Grunde zog sich die neue Entwicklung lange hin, und es schien zeitweilig, als ob die einstige deutschliberale Partei, der auch die gesamte Presse treu blieb, soweit sie nicht gar die Führung hatte, doch schließlich Sieger bleiben würde. Die viele Jahre währende Zerfahrenheit der deutschen Parteien war natürlich nicht geeignet, die Stellung der Deutschösterreicher in der Monarchie zu fördern, und man begann auf allen Seiten, sie politisch als weniger beachtenswert anzusehen.

Der einzige Führer, der sich durch einen weitem Blick hervortat, war Dr. Lueger (der Name wird „Luecker“ gesprochen) in Wien. Er begann als Demokrat, und die liberalen Führer versäumten, wie das anderswo auch zu gehn pflegt, das aufstrebende Talent für ihre Zwecke heranzuziehen, und bekämpften ihn vielmehr mit der unfehlbaren Selbstüberschätzung, durch die sie sich zu allen Zeiten ausgezeichnet haben. Lueger war aber durchaus nicht der Mann danach, sich von Leuten, die in seiner Vaterstadt Wien schon den Boden verloren hatten, auf die Seite schieben zu lassen. Als begabter Demagoge erkannte er bald, daß mit der liberalen Demokratie, die durch die „Judenliberalen“ bei der Wiener Bevölkerung schon stark in Mißkredit geraten war, nichts mehr zu machen sei, daß man aber ihre Fehler ausnützen könne. So einigte er das „christliche“ Volk unter der Fahne des Antisemitismus, der gerade in Wien einen ergiebigen Nährboden hatte, da die wirtschaftliche Entwicklung zur Zeit der Herrschaft des Liberalismus die Lage des kleinen Mannes unzweifelhaft verschlechtert hatte, während auf der Ringstraße und in andern bevorzugten Stadtteilen die Paläste ehemaliger Armeelieferanten oder später durch Börsenspekulation reich gewordener Juden wie Pilze aus der Erde geschossen waren. Die sogenannte „Berliner Bewegung“, die sich auf ähnlichen Grundlagen aufgebaut hatte, erlosch bald wieder, Lueger eilte dagegen mit seiner Agitation, wohl weil sie sich auf günstigerem Boden bewegte, von Erfolg zu Erfolg. Von vornherein verhöhnt und verspottet von

einer rücksichtslosen Presse, ohne das Hilfsmittel der Zeitungen und bloß auf die Werbekraft seiner Reden angewiesen, streckte er dennoch seine Gegnerin, die bis dahin allmächtige liberale Partei in Wien und Niederösterreich, in den Sand. Unter dem Koalitionsministerium Windischgrätz-Plener erfocht er 1895 seinen ersten großen Erfolg, indem seine Partei die Mehrheit in der Wiener Gemeindevertretung errang. Das Entsetzen darüber in der liberalen Partei war groß, Lueger wurde in allen nur zugänglichen Blättern der Welt als der wahre Gottseibeius geschildert, und es wurde alles daran gesetzt, seine Bestätigung als Bürgermeister von Wien zu verhindern. Dies gelang auch unter dem Koalitionsministerium und in der ersten Zeit des Ministeriums Badeni, der den wiederholt zum Bürgermeister gewählten Dr. Lueger nicht bestätigte und den Wiener Gemeinderat auflöste. Aber die Ende Februar 1896 vollzogenen Neuwahlen ergaben für ihn in Wien noch größere Mehrheiten, die Widerstandsfähigkeit der Liberalen war vollkommen gebrochen, und am 18. April wurde Dr. Lueger wiederum zum Bürgermeister gewählt. Die Bestätigung erfolgte zwar auch diesmal noch nicht, aber Graf Badeni vermittelte eine Audienz Luegers beim Kaiser Franz Joseph, infolge deren er zurücktrat und einstweilen ein anderer antisemitischer Bürgermeister im Wiener Rathaus die Geschäfte führte. Die deutschliberale Partei fühlte sich dadurch tief verletzt, ließ sich aber doch bald beruhigen, nur die deutschliberale Presse, die bisher den Minister „mit der eisernen Hand“ ungemein sympathisch aufgenommen und in nationaler Beziehung noch nie einen Einwand gegen ihn erhoben hatte, ließ mehr und mehr durchblicken, daß das Ministerium Badeni eine Gefahr für das Deutschtum sei, und die vereinigte Linke ihm nicht länger Gefolgschaft leisten könne.

Hätte Badeni, der ja sein Galizien recht gut kannte und auch besser verwaltet hatte als seine Vorgänger und Nachfolger, eine Ahnung von den westösterreichischen Verhältnissen gehabt, so hätte er seine Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren früher erlassen, schon während er die Wiener Antisemiten drangalierte. Auf deutscher und auf tschechischer Seite war man damals sehr zum Nachgeben geneigt, und es hätte sich leicht ein Ausgleich finden lassen, solange die Wiener Blätter dafür tätig gewesen wären. Denn bei allem Antisemitismus und Mißtrauen gegen diese Zeitungen haben die Deutschösterreicher schließlich doch immer getan, was ihnen diese einredeten. Wenn die Sprachenfrage für die Sudetenländer geordnet war, konnte Badeni dann in der Wiener Bürgermeisterangelegenheit immer noch entscheiden, wie er wollte, und der Zorn der hauptstädtischen Presse wäre gegenstandslos gewesen. Denn für diese wäre es wohl ein vernichtender Schlag gewesen, wenn zwischen Deutschen und Tschechen der Kampf zum Stillstand gekommen wäre, aber die Herrschaft in Wien lag ihnen näher. Früher hatte sie gegen Pfaffen, später gegen Panlawismus im allgemeinen und gegen die Tschechen im besondern geheßt. Die Heze hatte zum Antisemitismus geführt, gegen dessen endlichen Sieg in Wien nur noch die Gewalt der Regierung helfen konnte. Diese zeigte sich nun nicht willig, und so konnte man sie nicht brauchen. Es wurde darum dafür gesorgt, daß es über Böhmen zu keiner Verständigung kam. Nur noch durch die

Schürung des Hasses der Nationen gegeneinander konnte sich die bisher maßgebende Presse Beachtung sichern, während sie diese durch ihre politische und wirtschaftliche Haltung auf allen andern Gebieten eingebüßt hatte. Mit ihr hatte eine ganze Anzahl von unbedeutenden Berufspolitikern, die nach einer Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen jede Bedeutung eingebüßt hätten, dasselbe Interesse, daß der nationale Hader nicht eingedämmt würde. Die verwandten Seelen fanden sich, wer vom Unfrieden lebte, konnte die Verständigung nicht brauchen, und weder Badeni noch die dem Frieden geneigten deutschen und tschechischen Führer zeigten sich der Lage gewachsen. Wer Badeni veranlaßt hat, die Sprachenverordnungen gerade in einer Form, die den Deutschen zur berechtigten Opposition Anlaß gab, und ohne genügende Vorherverständigung herauszugeben, ist nicht genau bekannt geworden. Er war von Galizien aus an die „Hofjuden“ gewöhnt; als seine intimen Ratgeber und Mitarbeiter hatte er in seinem Wiener Bureau zwei, den Hofrat von Freiberg und den Kanzleidirektor Blumenstock, der seinen Namen in Halb an geändert hatte. Wer von beiden die Hand im Spiele gehabt hatte, als Badeni die Fehler bei den Sprachenverordnungen machte und sich später zur Gewaltpolitik gegen die obstruierenden Deutschen verleiten ließ, ist nicht genau festgestellt worden, jedenfalls leitete sich der Sturz Badenis davon her. Vorher hatten sich aber noch einige Ereignisse von Einfluß abgespielt.

Im März 1897 begannen die Reichsratswahlen nach der neuen Wahlordnung, und zwar wählte zuerst die neue allgemeine Wählerklasse (fünfte Kurie), wobei die Sozialdemokraten auf einen durchschlagenden Erfolg hofften. In Wien wurden sie offen von der liberalen Presse unterstützt, die von dieser Seite eine Hilfsstruppe gegen die Antisemiten erhoffte. Aber sämtliche neuen Mandate in Niederösterreich mit Wien fielen diesen zu, und in den andern Wahlkurien büßten die Deutschliberalen bis auf vier Mandate alle übrigen an ihre Gegner ein, obgleich schon diesmal die antisemitischen Schönererianer mit ihnen die beiden andern antisemitischen Parteien, die deutsche Volkspartei und die christlichsozialen Anhänger Luegers, bekämpften. Auch in andern Kronländern erlitt die Fortschrittspartei starke Verluste; in Böhmen, wo die Volkspartei keinen Führer hatte, machte sich Schönerer deren Parteivorarbeit zunutze. Die Fortschrittspartei, obgleich sie unter diesem Namen ein halbes Jahr vor den Wahlen aus der vereinigten Linken ausgetreten war, um ihre besondern Wahlzwecke zu fördern, schnitt überall mit Verlusten ab, und auch die kräftige Unterstützung der liberalen Presse vermochte ihr, die sich selbst als den Nachfolger der frühern liberalen Partei bezeichnete, nicht zu helfen. Ihr Glück war noch, daß die aufs doppelte ihrer frühern Anzahl angewachsne Volkspartei keine einheitliche Leitung hatte, sondern in Ländergruppen zerfiel, die auf der einen Seite von der Fortschrittspartei, auf der andern von den Schönererianern beeinflusst wurden. Die schwerste Niederlage für die Fortschrittspartei war freilich die in Wien und Niederösterreich, und die liberale Presse beklagte in schmerzvollen Worten die „zähe Rückständigkeit“ von Wien. Aber die Kaiserstadt hatte doch nahezu ein halbes Jahrhundert, mehr als alle andern Landesteile, den bildenden Einfluß der liberalen Presse genossen! —

Seitdem ist der „Kampf um Wien“ der Angelpunkt aller innerösterreichischen Parteikämpfe geworden und geblieben, mag man auch zu den verschiedensten Zeiten die mannigfaltigsten Gründe und „Prinzipien“ vorschieben, sodaß dem Nichteingeweihten, dem der rote Faden nicht sichtbar ist, vor all den slawischen und deutschparteilichen Streitereien und Beschuldigungen ganz wirr im Kopf werden muß, da er vor allen Dingen nicht begreifen kann, warum die Deutschösterreicher nicht zusammenhalten. Ja, wie sollen sie denn das, solange die letzten Reste der „großen liberalen Partei“ die Herrschaft in Wien wieder haben wollen und zu diesem Zwecke den noch immer zu ihrer Verfügung stehenden großen Preßbann aufbieten, um die deutschen Christlichsozialen, wenn auch vorläufig noch nicht zu vernichten, so doch wenigstens auf das herbste zu schmähen, ihnen auf alle Weise Abbruch zu tun, die andern deutschen Parteien gegen sie aufzureizen und sich selbst auf das engste mit den Sozialdemokraten zu verbünden, auf deren siegreichen Schultern man allein wieder auf die Herrschaftssitze in Wien getragen werden kann. Daher kam schon die Freundschaft mit den Sozialdemokraten und ihre kräftige Unterstützung durch die liberale Presse bei den Reichsratswahlen im März 1897 wie auch bei allen spätern Wahlen. Im Auslande ist man über den eigentlichen Charakter dieser innern Kämpfe in Österreich nur ungenügend unterrichtet, wie man ja auch vor zwanzig Jahren nicht unterrichtet war, als Bismarck sein Urteil über die „Herbstzeitlosen“ sprach. Damals wie heute schöpfte die ausländische Presse, namentlich die deutsche, auch wenn es durch besondere Berichterstatter geschieht, aus den in Wien noch immer herrschenden liberalen Blättern, zu denen sich auch die deutschfortschrittliche Partei nicht immer bekennen mag, und in Deutschland hat die denselben Standpunkt vertretende liberale Presse auch eine weit ausgedehntere Verbreitung, als der Anzahl liberaler Wähler und Abgeordneten entspricht. Man braucht nun für den Wiener Bürgermeister und seine Christlichsozialen wahrlich nichts übrig zu haben, aber man darf sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß er mit ihnen den Kristallisationspunkt gebildet hat, um den sich alle antirevolutionären Elemente gruppieren, wodurch Zustände und Ansichten von der städtischen Verwaltung Wiens ferngehalten werden, wie sie derzeit in Berlin unter der freisinnig-sozialdemokratischen Herrschaft im roten Hause bestehn und schon mehrfach die Regierung veranlaßt haben, von ihrem Obergaufsichtsrechte Gebrauch zu machen.

Bevor am 27. März 1897 der neugewählte Reichsrat eröffnet wurde, war der bisherige Bürgermeister von Wien, Strobach, der Platzhalter für Dr. Lueger, wahrscheinlich auf indirekte Veranlassung Badenis, der wegen der bevorstehenden Mehrheitsbildung im Reichsrat damit ein Druckmittel auf die deutsche Fortschrittspartei erlangen wollte, zurückgetreten. Der feudale Großgrundbesitz wollte in keine Mehrheit ohne die katholische Volkspartei, der verfassungstreue in keine mit dieser Partei eintreten. Hinter dem Rücken des Ministerpräsidenten schlossen sich der feudale Großgrundbesitz, der Polenklub, die Jungtschechen und die katholische Volkspartei zum gemeinsamen Vorgehn zusammen, worauf sich Badeni für die tschechenfreundliche Fassung der Sprachenverordnung entschied, und der Justizminister Graf Gleispach deshalb seine

Demission gab. Am 31. März wurden die neuen Sprachenverordnungen einer Konferenz von Mitgliedern der deutschen Parteien mitgeteilt, die erklärte, sie nicht annehmen zu können. Das Ministerium Badeni reichte darauf, hauptsächlich wegen der Haltung des verfassungstreuen Grundbesitzes, am 2. April seine Demission ein, die der Kaiser nach einer Audienz zweier Vertreter der genannten Partei, wobei sich diese verpflichtete, die Politik des Ministeriums, abgesehen von der Sprachenfrage, zu unterstützen, am 4. April ablehnte. Badeni hoffte immer noch, wenigstens einen Teil der deutschen Fortschrittspartei für seine Mehrheitsbildung zu gewinnen, ein Blatt der Deutschliberalen hatte auch erklärt, die Sprachenverordnung des Ministeriums könne man nicht annehmen, sich aber über eine andre verständigen. Die Jungtschechen erklärten sich aber gegen das Eintreten der Deutschliberalen in die Mehrheit, und nun schlossen sich abermals ohne Vorwissen des Ministerpräsidenten Polenklub, Jungtschechen, feudaler Großgrundbesitz und katholische Volkspartei zu dem ehemaligen „eisernen Ring der Rechten“ zusammen. Bis dahin waren demnach die Sprachenverordnungen eigentlich gar nicht der springende Punkt der Intriguen gewesen, sondern die Frage, ob die Regierung eine liberal-slawisch-deutsche oder eine klerikal-slawische Politik einschlagen solle. Im ersten Falle wäre eine Verständigung über die Sprachenverordnungen leicht möglich gewesen, jetzt hatte aber Badeni keine Wahl mehr, seine Unkenntnis der österreichischen Verhältnisse hatte ihn dazu gebracht, sich durch eine Parlamentsintrigue überraschen zu lassen. Während nun noch der mit den Deutschliberalen verbündete „Bester Lloyd“ die Hoffnung aussprach, mit der Zeit würden die Deutschliberalen an die Stelle der Deutschklerikalen in der neuen Parlamentsmehrheit treten, veröffentlichten an demselben Tage (5. April) die verbündeten Parteien ihre Erklärungen über die Vereinbarung und wählten das neue Reichstagspräsidium: Dr. Kathrein (katholische Volkspartei), Abrahamowicz (Pole) und Dr. Kramarsch (Jungtscheche). An demselben verhängnisvollen Tage wurden die Sprachenverordnungen veröffentlicht. Am 8. April erklärte Dr. Lueger, er werde die auf ihn gefallne Wahl zum Bürgermeister von Wien annehmen, und an demselben Tage wurde im Abgeordnetenhaus durch die Schönererianer und die Fortschrittspartei die Intrigue durchgeführt, bei der Debatte über den von den deutschen Parteien eingebrachten Antrag auf sofortige Wiederaufhebung der Sprachenverordnungen durch rechtzeitigen Schlußantrag und durch Wahl eines andern Generalredners die Christlichsozialen vom Wort auszuschließen und dadurch den Schein zu erwecken, als seien sie mit den Sprachenverordnungen einverstanden. Nach Ablehnung des Antrags ging am 10. April der Reichsrat in die Osterferien, am 17. April wurde die Wahl Dr. Luegers bestätigt, und am 20. erfolgte die Einführung in sein Amt. Die Zusammenstellung dieser Daten ist so lehrreich, daß sie keiner weitem Erläuterung bedürfen.

Badeni hatte es nicht durch die unheilvollen Sprachenverordnungen, sondern durch die Bestätigung Dr. Luegers mit der hauptstädtischen Presse gänzlich verdorben, die nun zur erbittertsten Bekämpfung des an sich ja auch gänzlich unfähigen Ministeriums überging und dabei noch den Vorteil hatte,

als Vorkämpfer des beleidigten Deutschtums zu erscheinen. Während der parlamentarischen Osterferien wurden gegen die Sprachenverordnungen zahlreiche Protestversammlungen abgehalten, die an sich ganz berechtigt waren, in denen aber keine positiven Vorschläge gemacht wurden. Desto stärker waren die Worte, die man gegen die Regierung gebrauchte, und in denen namentlich die Schönererianer alle andern überboten, auch die ihnen darin nahekommenen Deutschfortschrittlichen. So bildete sich trotz dem Gegensatz in der Judenfrage schon damals ein Bündnis zwischen beiden Fraktionen aus, dem sich nach langem Zögern auch die deutsche Volkspartei anschloß, deren schwächerer Flügel nicht gern die vom Reichsrat erwartete wirtschaftliche Tätigkeit brachgelegt sehen mochte, aber überstimmt wurde. Die Wiedereröffnung des Reichsrats am 28. April brachte die Obstruktion der genannten deutschen Parteien und eine Anklage des Ministeriums wegen der Sprachenverordnungen, die aber abgelehnt wurde, obgleich die Christlichsozialen, die man gar nicht darum begrüßt hatte, dafür stimmten. Der Reichsrat wurde schließlich, da wegen der Obstruktion die Adreßdebatte über die Thronrede nicht einmal beendet werden konnte, am 12. Juni geschlossen. Nun wurde die große Agitation der Deutschen gegen die Sprachenverordnungen fortgesetzt, bei der die Schönererianer mit ihren großtönenden Worten immer mehr an die Spitze traten und schließlich alle deutschen Parteien beherrschten. Die Folge davon war, daß die Schlagworte von der unbedingten Obstruktion im Parlament bis zum Sturz des Ministeriums und zur Aufhebung der Sprachenverordnungen allein zur Geltung kamen, und die Frage, was nachher werden sollte, gar nicht zur Erörterung zugelassen wurde. Damit stempelte sich die „Gemeinbürgerschaft aller Deutschen“ zu einer rein passiven Parteigruppe und verurteilte ihre Politik von vornherein zur Unfruchtbarkeit. Die liberale Presse war damit ganz einverstanden, sie schürte das Feuer und benutzte die Gelegenheit zu neuen Angriffen gegen die Klerikalen. Ausgiebigen Anlaß dafür gab ihr das schmachliche Verhalten der deutschen katholischen Volkspartei, die damals aus Furcht vor einer liberalen deutsch-slawischen Mehrheit die Interessen des Deutschtums in der Sprachenfrage preisgegeben hatte. Zugleich dehnte die liberale Presse ihre Angriffe auf die antisemitischen Christlichsozialen aus, die an ihrem christlichen Standpunkte festhielten, sich aber sonst nicht von den Deutschen trennten. Aber sie waren die Herren in Wien und in Niederösterreich, wo sie die Deutschliberalen verdrängt hatten, und das reichte hin, sie mit oder ohne Grund zu verfolgen. An einer wirklichen deutschen Gemeinbürgerschaft konnte der liberalen Presse gar nichts gelegen sein, denn diese hätte einen antisemitischen Anstrich bekommen, da auch die Fortschrittspartei in der Mehrzahl nur aus sehr lauen Judenfreunden bestand. Die Gemeinbürgerschaft konnte noch bedenklicher werden, wenn sich ihr auch noch die katholische Volkspartei angeschlossen hätte, wonach sämtliche deutsche Parteien geeinigt dagestanden hätten. Und diese Gefahr lag einmal ganz nahe, als die Regierung und die Mehrheit während der deutschen Obstruktion im Herbst 1897 auf die Vergewaltigung der Deutschen hinauswollten, Dr. Rathrein darum das Präsidium niederlegte und die Partei schließlich mit den andern Deutschen stimmte. Dann wäre es

mit der Herrschaft der liberalen Phrase gänzlich aus gewesen, und darum wurde rechtzeitig vorgebeugt. Der 12. November, an dem mit zwei Ausnahmen alle Deutschen gegen die Ablehnung der neuen Ministeranklage stimmten, 171 gegen 177, war nicht ohne Wirkung geblieben, auch in den Deutschklerikalen regte sich das deutsche Blut.

Damals bis zum Frühjahr 1898 begann sich eine Annäherung der katholischen Volkspartei an die Parteien der deutschen Linken zu vollziehen. Im März erklärten Abgeordneter Dr. Grabmayer (deutscher Großgrundbesitz) und der Führer der katholischen Volkspartei, Freiherr Dipauli, beide Parteien hätten gefehlt, da sie sich abgestoßen hätten, statt zum staatlichen wie zum nationalen Besten gemeinsam zu handeln. Es schien ein Augenblick gekommen zu sein, wo sich die von den Einsichtsvollsten angestrebte Einigung der Deutschen in Österreich vollziehen konnte. Die aber von dem bisherigen Kampfe gelebt hatten, fühlten natürlich dieses Bedürfnis nicht, und sie setzten alles daran, das Einigungswerk zu hindern. Solche Leute gab es auf der klerikalen wie auf der liberalen Seite, und sie bestrebten sich, zu verhindern, daß das bisherige Schlagwort von der deutschen Gemeinbürgerschaft erst seinen vollen und wirklichen politischen Inhalt erhielt. Die liberale Presse fühlte für diese Erfüllung keine Begeisterung und setzte unverdrossen ihren Kampf gegen den Klerikalismus fort, aber den deutschen Radikalen blieb es vorbehalten, mit einem Rucke den Riß zwischen der katholischen Volkspartei und den übrigen deutschen Parteien unheilbar zu machen. Schon in der deutschen Volksversammlung in Bozen, die im Februar 1898 die deutsche Verständigung einleiten sollte, ging der damals noch als deutscher Nationalheld gefeierte radikale Abgeordnete Wolf mit so heftigen und gänzlich überflüssigen Angriffen gegen den Bischof von Brixen vor, daß sich alle Klerikalen dadurch abgestoßen fühlten, und im Reichsrate wurden dann die unbegründetsten und gehässigsten Anfeindungen gegen die katholische Kirche fortgesetzt. Was damals an der für die Deutschen so günstigen Stimmung verdorben worden ist, läßt sich heute noch nicht einmal abschätzen, aber Tatsache bleibt, daß der Vorstoß der Radikalen nicht etwa erfolgte, weil irgendeine klerikale Aktion eine Abwehr nötig machte. Gerade damals hielten sogar die Heißsporne unter den Klerikalen wegen der nationalen Bewegung in ihren Reihen mit ihren parteipolitischen Wünschen zurück. Es sind die Deutschradikalen gewesen, die jede Einigung vereitelten, die alle Deutschen, die sich nicht ihnen angeschlossen, als Verräter bekämpften und gegen die Einbeziehung der katholischen Volkspartei in die deutsche Gemeinbürgerschaft protestierten. Der Abgeordnete Wolf gab den Kampfruf vom „Ausräuchern der Deutschklerikalen“ aus, und der sattnam bekannte Schönerer eröffnete die „Los-von-Rom“-Bewegung, und damit wurde jede Einigung der Deutschen unmöglich gemacht. Die Radikalen traten in den Kulturkampf ein, nachdem sie schon alle möglichen politischen und nationalen Reizungen erschöpft hatten. Und dabei war der eine Führer eine durchaus negative Natur, während bei den andern die politische Streberei und Popularitätshascherei größer war als ihr Wissen und ihr politischer Charakter. Sie bedurften einer Erregung der Massen für die Neuwahlen nach der not-

wendig gewordenen Auflösung des Abgeordnetenhauses und trugen keine Bedenken, die Fackel der konfessionellen Zwietracht unter das deutsche Volk zu schleudern. Die liberale Presse hob schützend ihre Hände über die radikale Partei, die so entschieden und rücksichtslos das früher von ihr betriebne Geschäft aufnahm, auch hatten sich ja die Schönererianer bei dem Kampf um Wien gegen die Christlichsozialen schon bewährt, und man konnte solche Leute brauchen. Abgesehen von allen Erwägungen sittlichen Ernstes kann auch das politische Ergebnis der „Los-von-Rom“-Bewegung nicht zugunsten der deutschen Sache ausfallen. Gelänge es auch, viele tausend Katholiken von Rom zu lösen, so würde das doch nimmermehr den Schaden aufwiegen, den eine Verschärfung der konfessionellen Gegensätze und eine tiefe Spaltung des deutschen Volksstamms in Österreich angerichtet hat. Bisher haben wenigstens noch die Deutschklerikalen, belehrt durch die Ereignisse, im Parlament ihre neutrale Stellung bewahrt und alles Liebeswerben der ehemaligen slawischen Bundesgenossen zurückgewiesen.

Seit jenen Tagen hat sich nichts in der Lage der deutschen Parteien in Österreich geändert. Die „Gemeinbürgerschaft“ hat nichts zutage gefördert als das schon vergessene Pfingstprogramm, das wenigstens eine gemeinsame Kundgebung der vier größten deutschen Parteien: der deutschen Volkspartei, des verfassungstreuen Großgrundbesitzes, der deutschen Fortschrittspartei und der Christlichsozialen war, wenn es auch einen rein defensiven Inhalt hatte und leider keine Nachfolge gefunden hat. Die Obmännerkonferenz der vier Parteien, die als Einigungsorgan dienen sollte, hat zeitweilig bestanden und ist dann wieder aus Wahlrücksichten, wenn auch „prinzipielle“ Gründe vorgeschützt wurden, aufgelöst worden. Inzwischen haben die Parteien gewetteifert, einander bei den Wahlen Mandate abzujagen, ohne daß der entschiedne Erfolg einer Richtung hervorgetreten wäre. Es ist bei der alten Zerfahrenheit und Schwäche geblieben. Seit länger als einem Jahre besteht die Obmännerkonferenz wieder, hat aber keine positive Leistung hervorgebracht. In keiner der großen Fragen der Zeit, weder zur Heeresfrage noch zum Ausgleich mit Ungarn und zu den Handelsverträgen, hat man Stellung zu nehmen den Mut gehabt. Man fürchtet, Mandate zu verlieren, namentlich an die Radikalen, und verläßt sich darauf, daß die Regierung mit Hilfe des Paragraphen 14 schon die Verantwortung für alles übernehmen werde. Auch dem Ministerium gegenüber wagt man aus Angst vor den Radikalen nicht Stellung zu nehmen, obgleich die vier in Frage kommenden deutschen Parteien gar nicht bezweifelten, daß das nächste Ministerium in keinem Falle deutschfreundlicher sein konnte. Man benutzte verhältnismäßig geringfügige Dinge, wie die slawischen Parallelklassen in Schlessien und die italienische juristische Fakultät in Innsbruck, die bei einigem guten Willen von allen Seiten im Handumdrehn gelöst werden könnten, eine kühl zurückhaltende Stellung gegenüber dem Ministerium beizubehalten und — den großen Fragen ausweichen zu können. Die Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Tschechen hat nicht nur keine Förderung erfahren, sondern scheint gänzlich verfahren zu sein. Infolge der Obstruktion stockt seit Jahren die Tätigkeit des Parlaments, und man muß die Langmut

des Kaisers bewundern, der sich nicht entschließen mag, den unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Das nächstliegende und am wenigsten einschneidende Mittel wäre die Siftierung der Verfassung so weit, daß das gänzlich arbeitsunfähige Abgeordnetenhaus auf einige Jahre ausgeschaltet, und die gesetzgeberische Tätigkeit allein dem in großem Ansehen stehenden Herrenhause übertragen würde, damit das Volk wieder das Beispiel geordneten parlamentarischen Wirkens vor Augen hätte und für künftige Wahlen Geschmack daran gewinnen könnte. Vorläufig stockt die gesamte Entwicklung des Staats, die wirklichen Wünsche und Bedürfnisse des Volks, vor allen auch des deutschen, bleiben unberücksichtigt, wenn sie auch zuweilen als Klagen gegen die Regierung, gegen klerikale oder slawische Wirtschaft usw. in den Blättern auftauchen. Denn ganz totschweigen kann man sie nicht, aber die Deutschösterreicher haben keine Presse, die ihre Interessen verträte, und keinen Führer, der als Befähigung zur Abhilfe mehr als den guten Willen mitbrächte.

Einstweilen schleicht die Staatsmaschine weiter, denn sie kann nicht stillestehn. Eine Besserung der Lage ist in nächster Zeit nicht zu erwarten. Der einzige Gegenstand, der vorläufig noch weitere Teilnahme beansprucht, ist der Kampf um Wien. Dort macht die alte liberale Partei alle Anstrengungen, die in den neunziger Jahren verlorne Stellung mit Hilfe der Sozialdemokraten und der wenig ins Gewicht fallenden Alldeutschen wieder zu gewinnen. Bis jetzt sind diese Versuche an den Erfolgen der Christlichsozialen unter neuen Verlusten ihrer Gegner gescheitert. Das Verdienst dafür gebührt dem Führer Dr. Lueger, der sich auch als Bürgermeister von Wien als ausgezeichnete Verwaltungsbeamter außerhalb seiner Parteigenossen Anerkennung erworben hat und keineswegs ohne weiteres beseitigt werden könnte. Die Vorgänge während der Feier seines sechzigsten Geburtstags in Wien haben dargetan, daß er in Liebe und Haß der populärste Mann der Kaiserstadt ist. Man braucht ihn trotzdem nicht zu überschätzen, denn unter Blinden ist der Einäugige König, und in einer Zeit allgemeiner politischer Schwäche fällt schon eine energische Persönlichkeit wohltuend auf. Man braucht noch weniger alle Forderungen, Ansichten und Manieren der Christlichsozialen als politisch berechtigt und sonst zulässig anzusehen, aber man muß doch zum österreichischen wie zum allgemeinen deutschen Besten wünschen, daß ihre Stellung in Wien erhalten bleibe. Denn wenn sie manchem nicht liberal genug erscheinen mögen, so sind sie doch deutsch und werden auch Wien deutsch erhalten, was sich von ihren Nachfolgern nicht voraussagen, ja nicht einmal erwarten läßt. Solange Lueger seine körperliche und geistige Frische behält, wird er überhaupt nicht gestürzt werden, die Wiener Deutschliberalen werden auch seine Richtung in absehbarer Zeit nicht verdrängen können, ihre Hoffnung steht nur auf die Sozialdemokratie, der allerdings aus der von so vielen Seiten zu ihren Gunsten betriebnen Agitation die Kraft erwachsen könnte, die Christlichsozialen aus der Stadtvertretung zu verdrängen. Dann würde in Wien ein freisinnig-sozialdemokratisches Stadtr Regiment eintreten, wie heute in Berlin. Daß ein solches unter den viel schwierigeren Verhältnissen der Donaustadt deren deutschen Charakter aufrecht erhalten würde, ist gar nicht voraus-

zufügen. Erst würden sich mit liberaler Zulassung die tschechischen Sozialdemokraten breit machen, dann die tschechischen Sokols einziehen; das weitere läßt sich ohne Schwierigkeit hinzudenken. Gerade für die Reichsdeutschen, denen an einer Slawifizierung von Wien nichts gelegen sein kann, dürfte die Beachtung dieses Umstands von Wichtigkeit sein, so wenig sie auf die sonstigen deutschösterreichischen Parteiverhältnisse mit ihrer Zerfahrenheit Wert legen mögen. Solange die Deutschösterreicher nicht haben einsehen lernen, daß sie im Reichsrate nur zusammenzustehn und etwa noch die Stimmen der Italiener oder der Sozialdemokraten durch verständige Zugeständnisse zu gewinnen brauchen, wenn sie in jedem einzelnen Falle die hundertundneunzig und einige slawischen Abgeordneten überstimmen wollen, ist ihnen nicht zu helfen, ihre Klagen werden nicht verstummen, und ein gewisser Rückgang wird auch nicht zu vermeiden sein. Aber bis das Verständnis einmal kommt, können noch viele Jahre vergehn, und darum wäre es im nationalen wie im österreichischen Interesse gut, wenn Wien solange eine rein deutsche Stadt bliebe. —v—



## Ernst von Lasaulx

**D**ie Konfessionen zanken sich in Deutschland. Das tun sie seit vierhundert Jahren ununterbrochen, doch in verschiedenen Zeitabschnitten mit verschiedenen Graden der Lebhaftigkeit. Manchmal geschiehts con furore, und wenigstens symbolisch eingeschlagne Schädel machen die Instrumentalmusik dazu; manchmal ist's nur ein dumpfes Anurren und Mörgeln, und manchmal wird die Debatte mit mittlerer Stimmkraft geführt, wie eben jetzt, und nicht vom ganzen Corpus Evangelicorum und dem dito Catholicorum, sondern nur von einem immerhin ziemlich starken Liebhaberchor. Nun gibt es Leute, und ihrer sind nicht wenig, denen Zanken das unentbehrliche Lebensbrot und der höchste Genuß ist; denen wollen wir ihr Vergnügen nicht schmälern. Es gibt aber auch andre, die es schmerzt, wenn über ernste und wichtige Dinge ergebnislos gestritten wird, und die zur Verständigung mit dem Gegner gelangen möchten. Um sich mit ihm zu verständigen, muß man vor allem ihn und seine Meinung kennen. Dazu ist geselliger Verkehr, wenn er nicht eine heute aus vielen Gründen feltne Intimität erreicht, nicht immer das beste Mittel. Eine gute, womit nur gesagt werden soll, das Seelenleben vollständig enthüllende Biographie führt weiter. Eine solche von einem Führer der deutschen Katholiken hat soeben Dr. Remigiuz Stölzle, ordentlicher Professor der Philosophie in Würzburg, geliefert: Ernst von Lasaulx (Münster, Michendorf'sche Buchhandlung, 1904). Zwar ist Lasaulx schon lange tot, aber er gehört der Generation von Katholiken an, die im romantischen Zeitalter der Restauration den deutschen Katholizismus wiederbelebt haben. Diese Wiederbelebung ist von drei Herden ausgegangen: dem westfälischen, dem mittelhheinischen, dem bayrischen. Den zuletzt